Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

September 1976

Evangelische Verantwortung

Heft 9/1976

Die herausgeforderte Freiheit

Günter Rohrmoser

Die Diskussion um den Freiheitsbegriff ist nicht zuletzt durch den CDU-Parteitag in Hannover hierzulande neu entfacht.

Der Autor unseres Artikels, der im übrigen nicht Mitglied der Unionsparteien ist, untersucht die Frage, welche Art von Sozialismus unsere Freiheit bedroht. Günter Rohrmoser wirkte viele Jahre als Philosoph an der Universität Münster, bevor er zum 1. April 1976 den Ruf als Ordinarius an den Lehrstuhl für Sozialphilosophie nach Stuttgart-Hohenheim erhielt.

Seitdem die Opposition den Wahlkampf mit der Formel „Freiheit statt Sozialismus“ eröffnet hat, kam es zu einer, in dieser Form und diesem Ausmaß nicht erwarteten Reaktion der Vertreter der sozialliberalen Koalition. Die Antwort war Empörung und Verbitterung über eine Formel, die nach der Interpretation der sozialliberalen Koalition dieses Land in zwei Klassenkämpflager spalten soll, wie das der Chef-Theoretiker der Freien Demokraten, Bundesinnenminister Maihofer, auf dem Parteitag der FDP in Freiburg erklärt hat. Nach der Auslegung des Vorsitzenden der SPD, Brandt, zieht die CDU in den Wahlkampf mit einer Gespensterformel. Diese Formel, die auf dem SPD-Parteitag in Dortmund von Horst Ehmke als schwachsinnig, von Willy Brandt als infam bezeichnet wurde, bringe zum Ausdruck, daß durch den Wahlkampf die Opposition die Zusammenarbeit der Demokraten verhängnisvoll störe. Nach Auffassung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag, Eppler, hat die Opposition durch die Wahl dieser

Alternative bereits den Grundpakt der Gemeinsamkeit der Demokraten verlassen.

Diese Reaktion ist erstaunlich. Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in maßgebenden Dokumenten, in denen sie ihre programmatischen Ziele formuliert hat, ihren eindeutigen und entschiedenen Willen zum Ausdruck gebracht hat, die Demokratie

Aus dem Inhalt

Die herausgeforderte Freiheit	1
Zum Tode von Rudolf Bultmann	4
Probleme und Hintergründe der Jugendarbeitslosigkeit	5
Horst Sander	
Briefaktion gegenüber Rundfunk und Fernsehen	7
Zur heutigen Aufgabe der Kirche	8
Paul C. Peddinghaus	
Helmut Kohl antwortet kirchlichem Entwicklungsdienst	9
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	10
Wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit	11
Joachim Konrad	
Kurz notiert	13
Aus unserer Arbeit	15
EAK-Aktion für Helmut Kohl	16

in Deutschland durch den Sozialismus zu verwirklichen und zu vollenden. Diese Dokumente sind den Bürgern in diesem Lande bekannt, und es ist daher schwer, das Entsetzen zu verstehen, das die Vertreter der sozialliberalen Koalition empfinden, wenn das Wort Sozialis-

Vorab ein herzliches Wort des Dankes allen Lesern der Evangelischen Verantwortung, die im Hinblick auf die Entscheidung am 3. Oktober uns finanzielle Hilfe zuteil werden ließen.

Auf Grund einiger Anfragen geben wir nochmals unsere Konten bekannt:

Postscheckamt Köln 1121 00-500
(BLZ 370 100 50)

Sparkasse Bonn 56 267
(BLZ 380 500 00)

mus von der Opposition in der politischen Auseinandersetzung gebraucht wird.

Einer der führenden marxistischen Philosophen der Gegenwart, Ernst Bloch, hat erklärt, daß in den existierenden sozialistischen Systemen der Ansatz der Marxschen Theorie in seiner Deformation zur Kennlichkeit gelangt sei. Ernst Bloch sieht darin keinen Betriebsunfall und wertet es auch nicht als Ausdruck der Tatsache, daß der Sozialismus sein Endziel noch nicht erreicht habe. Unser marxistischer Philosoph ist vielmehr der Auffassung, daß in der Wirklichkeit des gegenwärtigen Sozialismus das herausgekommen sei, was von Anfang an, also im Ansatz der Marxschen Theorie, enthalten war.

Aufruf zur Freiheitsdiskussion

Bedauerlicherweise haben wir in den fünfziger Jahren und im Anfang der sechziger Jahre in diesem Lande die Freiheitsdiskussion nicht geführt, die wir eigentlich hätten führen müssen. Damals wäre es noch denkbar gewesen, getragen von dem Konsens aller Demokraten, zu überprüfen, wie sich die Realität sozialistischer Staaten zum Ansatz der Lehre von Karl Marx verhält. Damals wäre noch eine geistige Auseinandersetzung möglich gewesen. Sie hat nicht stattgefunden, und weil sie nicht stattgefunden hat, hat sie heute höchst wirksame und bedeutsame politische Folgen. Um diese Konsequenz geht es heute.

Im Rückgriff auf Karl Marx

Ich formuliere nun meine erste These zu der Frage, von welcher Art der Sozialismus ist, mit dem wir es konkret in der Bundesrepublik zu tun haben, folgendermaßen:

Wir müssen erkennen und anerkennen, daß alle Bemühungen um die revisionistische Neuformulierung des sozialistischen Gedankens durch die reformerischen Kräfte der Bundesrepublik von dem Willen ausgehen, diejenige Erfahrung zu begreifen, aufzunehmen und positiv zu verarbeiten, die in den sozialistischen Staaten im 20. Jahrhundert mit dem Sozialismus gemacht werden mußten. Der Sozialismus in der Bundesrepublik will die Perver-

sion des Sozialismus in ein staatskapitalistisch-dirigistisches System vermeiden. Es ist der eindeutige Wille, aus der Erfahrung mit dieser Perversion einen neuen Weg für die Verwirklichung für den Sozialismus in der Bundesrepublik zu finden.

Wir müssen festhalten: Es wäre eine Tragödie und eine entscheidende Schwächung der Selbstbehauptung der Kräfte in unserer freiheitlichen Demokratie und der noch bestehenden Gemeinsamkeiten in diesem Lande, wenn wir nicht anerkennen würden, daß der in der Bundesrepublik sich evolutionär verstehende Sozialismus nichts anderes will als die Verwirklichung der Freiheit durch den Sozialismus. Wir dürfen uns durch billige Parteipolemik und auch durch Demagogie nicht hindern lassen zu erkennen, daß der Wille der reformerisch sozialistischen Kräfte in diesem Lande darauf gerichtet ist, durch einen neuen Weg zum Sozialismus die Freiheit zu verwirklichen, die von Karl Marx für den Endzustand der sozialistischen Gesellschaft versprochen wurde.

Erst wenn man das anerkennt, kommt man wiederum zu einer überraschenden Entdeckung: Nämlich zu der Entdeckung, daß trotz dieses Willens und in einer nicht mit ihm geklärten und übereinstimmenden Weise der demokratische Sozialismus in der Bundesrepublik in einem theoretischen Kontext entwickelt wurde, der in einer revisionistischen Weise wiederum auf die Grundsubstanz der Marxschen Lehre zurückgeht.

Das hat ein Mann wie Peter von Oertzen in der Diskussion mit dem Generalsekretär der CDU, Biedenkopf, in Göttingen vor mehreren tausend Studenten zum Ausdruck gebracht. Er hat in der Auseinandersetzung mit der Formel der CDU die CDU vor einer Verleumdung des Marxismus gewarnt. Er hat nicht vor einer Verleumdung des humanitär-sozialistischen Charakters gewarnt, sondern vor einer Verleumdung des Sozialismus durch eine Partei, die in den Wahlkampf ziehe mit der alternativ gemeinten Formel „Freiheit statt Sozialismus“.

Wir sollten für diese Offenheit dankbar sein. Es könnte der Auseinandersetzung in diesem Lande nur dienen, wenn auch die Troika der SPD in aller Klarheit und Eindeutigkeit sich dazu bekennen würde, daß auch der demokratische Sozialis-

mus in einem theoretisch marxistischen Kontext steht. Aber von welcher Art ist eigentlich der Rückgriff auf den Marxismus, wie er für den demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik in Anspruch genommen wird?

Die Antwort lautet: Durch ein System der gesellschaftlichen Kontrolle über die entäußerten Produktivkräfte soll das Ziel einer in Freiheit über sich selbst verfügenden Gesellschaft erreicht werden.

Es ist mir schwer verständlich, wie z. B. der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg diese zentrale Aussage mit einer christlichen Soziallehre, welcher auch immer, vereinbaren will. Wenn eine grundlegende Differenz zwischen der christlichen Soziallehre und ihrer Tradition die Aussage ist, daß das Subjekt der zukünftigen Freiheit die über sich selbst verfügende Gesellschaft sei, dann muß man erkennen, daß mit der Auswechslung des Subjektes der Freiheit nicht eine nominale, sondern eine fundamentale und sachliche Differenz zu allem behauptet wird, was in zweitausendjähriger abendländischer Geschichte von Platon bis Hegel unter dem Begriff der Freiheit gedacht und verstanden wurde. Wir dürfen uns die Auseinandersetzung nicht durch Worte und Begriffe vernebeln lassen. Wir müssen jeden Begriff mit dem Anspruch der Sache konfrontieren, die mit ihm begriffen werden soll.

Damit bin ich bei einem weiteren Punkt: nämlich der Frage, wie sich das Ziel, das durch den demokratischen Sozialismus verwirklicht werden soll, zu der Antwort verhält, die Karl Marx selbst auf diese Frage gegeben hat.

Das Ziel ist die uneingeschränkte Selbstverwirklichung des Menschen und des Reichtums seiner Anlagen in Freiheit. Die Antwort stimmt also mit der überein, die auch Karl Marx gegeben hat, wenn er den Zustand ins Auge faßt, der die Diktatur des Proletariats ablösen soll. Es geht um die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Der Kern des marxistischen Freiheitsbegriffes und der des demokratischen Sozialismus stimmt mit dem der anarchistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts überein. Es handelt sich um eine Wiederbelebung des 19. Jahrhunderts. Der Streit zwischen Marxismus und Anarchismus war immer nur ein Streit um die Methode

und den Weg. Niemals aber ging es um eine Differenz in der Bestimmung der zu verwirklichenden Freiheit selber.

Demokratisierung der Gesellschaft

Wenn man den marxistisch-revisionistischen Kontext des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik erkannt hat, dann erst stellt sich die Frage von grundlegender Bedeutung für den weiteren politischen Weg in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Frage sollte jedem gestellt werden, der sich in einer noch so moderierten Form zum Sozialismus bekennt:

Worauf stützt der demokratische Sozialismus in der Bundesrepublik sein Vertrauen, daß es ihm möglich ist, dieses Endziel der Freiheit zu erreichen, oder dieser Freiheit näher zu kommen, ohne daß auf dem Weg der Mensch sich in eine neue Form der Hörigkeit und versteckter kollektiver Abhängigkeit wiederfindet?

Diese Frage zu stellen, muß doch in einer Demokratie, die von Alternativen lebt, erlaubt sein. Wenn alles durch die Formel der Gemeinsamkeit der Demokraten unter den Tisch gekehrt würde, was für die Zukunft der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist, dann würde jede Opposition ihre geschichtliche Verantwortung, die sie vielleicht noch hat, verspielen. Worauf also stützen die Kräfte des demokratischen Sozialismus ihr Vertrauen?

Es kommt hier wieder auf den prinzipiellen Charakter der Antwort an. Sie lautet: Wir wollen die Perversion des Sozialismus verhindern durch die Methode, die wir anwenden, den Sozialismus in Freiheit zu erreichen. Es geht also um eine Unterscheidung in der Methode und um nichts anderes. Das magische Wort, in dem der methodische Weg umschrieben wird, heißt: Demokratisierung der Gesellschaft. Die Demokratie wird auf die Bedeutung einer Methode reduziert, den freiheitlichen Charakter des demokratischen Sozialismus auf seinem Weg wie auch in seinem Zielzustand zu garantieren.

Wir dürfen uns nicht von der Einsicht abbringen lassen, daß die einzig wirkliche politische Emanzipation, die in der Menschheitsgeschichte erreicht wurde, dem Frei-

heit gewährenden und schützenden Rechtsstaat zu verdanken ist und keiner anderen geistigen Kraft unserer Überlieferung. Warum haben sich denn die Hoffnungen auf eine Verwirklichung des Sozialismus mit menschlichem Antlitz in der Tschechoslowakei auf die Wiedergewinnung des elementaren rechtsstaatlichen Schutzes der individuellen Freiheit und auf nichts anderes gerichtet? Hoffnung und Sehnsucht der Menschen richten sich nach einer realen Erfahrung mit dem Sozialismus von mehr als zwanzig Jahren auf rechtsstaatlichen Freiheitsschutz.

Wehner: strukturelle Veränderungen nach und nach

Natürlich kann eine Bewegung in Richtung auf Sozialismus unter den Bedingungen, die wir hier in der Bundesrepublik vorfinden, nur auf den Weg gebracht werden, wenn sie im Rahmen eines langfristig und langfristig angelegten Prozesses konzipiert wird. Es ist für eine Opposition in unserer freiheitlichen Demokratie eine Herausforderung, wenn sie mit einer taktisch höchst flexiblen, anpassungsfähigen Strategie konfrontiert wird, die Ziele in einem langzeitigen Prozeß verfolgt. Es handelt sich um eine Strategie, die es auch dem Bundeskanzler erlaubt, in Dortmund zu verkünden, daß sein Wahlspruch und der Wahlspruch seiner Partei lautet: Leben und Leben lassen. Das gehört durchaus zu der sprachregelnden Strategie dieses Prozesses.

Daß es um diesen Prozeßcharakter geht, dafür gibt es keinen geringeren Zeugen als den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner, der aus Anlaß seiner Aufstellung zum Kandidaten für den Bundestag erklärte: „Genossen, worauf es in diesem Jahr ankommt, ist die Schlüsselstellung, die wir zu verteidigen haben, das heißt, die Macht zu bewahren, wenn notwendig, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Erst wenn wir dieses Ziel erreicht haben, können wir an die notwendigen strukturellen Veränderungen denken. Es kommt nicht alles auf einmal, sondern es kommt nach und nach“.

Was der Fraktionsvorsitzende unter strukturellen Veränderungen gemeint haben könnte, hat er auf dem Parteitag in Mannheim so um-

schrieben, daß nach der Überwindung der wirtschaftlichen Rezession eine von den Sozialdemokraten getragene Regierung dafür sorgen werde, daß die Sozialdemokratische Partei nie wieder in eine solche Lage kommen würde wie in der gegenwärtigen Rezession. Sie werde zu verhindern wissen, daß sie abhängig ist von der Fähigkeit und Bereitschaft privater Unternehmer, zu investieren. Damit wird der Stoß- und Richtungswille deutlich. Eine weitere fundamentale Differenz zwischen den traditionellen Wegen eines vom Marxismus inspirierten Sozialismus und dem demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik besteht darin, daß der Ansatzpunkt für eine langfristig angelegte Prozeßstrategie nicht im unmittelbaren Eingriff in die ökonomischen Strukturen gesehen wird, sondern im menschlichen Bewußtsein. Dieser Ansatz hat die bedeutende Konsequenz, daß es um eine politische Arbeit in der Gesellschaft geht und daß daher diejenigen im Prinzip den Ausgang des politischen Kampfes für sich entscheiden werden, die die Sprache regeln, in welcher die Gesellschaft Auskunft gibt über ihre eigene Identität und über die Probleme, die sie beunruhigen.

Drei Hindernisse für den Marxismus

Kein geringerer als Friedrich Engels hat einmal gesagt, welche Hindernisse in einer Gesellschaft beseitigt werden müssen, damit die Verwirklichung des Sozialismus auch eine echte Chance hat. Engels nannte drei Hindernisse:

1. müßten die mittelständischen Gruppen der Gesellschaft zerstört werden;
2. müsse die bürgerliche Familie aufgelöst werden;
3. müsse der Einfluß der christlichen Religionen auf die Gesellschaft zurückgedrängt und, wenn möglich, progressiv ausgeschaltet werden.

Wenn man nun den Prozeß der letzten zehn Jahre in der Bundesrepublik mit diesen Kriterien interpretiert, dann ist es doch keine Verleumdung, sondern eine Realität, daß wir der Beseitigung dieser Hindernisse so nah gekommen sind, wie es in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit überhaupt denkbar war. Dazu gehört, daß in

den letzten Jahren mehr als 37 000 kleinere und mittlere Unternehmen Konkurs angemeldet haben. Was die Kulturrevolution beabsichtigt und was als ihr Wille auch politisch vollstreckt wurde, ist ein beispielloser ökonomisch-sozialer und kultureller Enteignungsprozeß der Kräfte der Mitte in diesem Land.

Oder nehmen wir das Ziel einer Zerstörung der Familie. Die Bundesregierung hat vor einigen Monaten ihren Familien-Bericht vorgelegt, aus dem ich die vier wichtigsten Ziele nenne:

1. Die Familie soll für die Gesellschaft kontrollierbar gemacht werden.
2. Die Erziehungsprozesse in der Familie sollen für die Gesellschaft transparent gemacht werden.
3. Das Kleinkind soll aus der Fixierung an die eigenen Eltern herausgebrochen werden, wie es in der militaristischen Kampfsprache des Berichtes lautet.

4. Wir müssen ein System von ideellen und materiellen Gratifikationen entwickeln, das die Familie instandsetzt, wie der Bericht das nennt, eine Metakommunikation zu führen.

Metakommunikation heißt, die Veranstaltung der Diskussion in den Familien mit dem Ziel zu ermöglichen, sich als soziales System zu riskieren und in Frage zu stellen. Denn die kleinbürgerliche Familie in der Bundesrepublik sei nicht nur autoritär, sondern totalitär.

Es ist doch keine Verleumdung, wenn die Opposition im Blick auf diese Ziele, die von jedem Bürger in der Bundesrepublik in diesem Bericht nachgelesen werden können, die Frage stellt, was das für die Zukunft der bürgerlichen Familie und damit der Familie überhaupt in diesem Lande bedeutet. Selbst die christlichen Kirchen scheinen nicht zu erkennen, daß es sich hier um eine Frage handelt, in der es für sie ums Ganze

geht. Welche programmatischen Zielsetzungen müssen noch verkündet werden, bis deutlich wird, daß eine Harmonisierung der Auseinandersetzung unerträglich ist, wenn es um die grundlegenden Fragen der menschlichen Person, ihrer Freiheit und ihrer Gewissensbindung in dieser Welt des 20. Jahrhunderts geht?

Freiheit ohne eine geistige, sittliche und geschichtliche Substanz ist ein leeres Wort und es kann keine Freiheit geben, die nicht den Willen zur Gerechtigkeit in sich aufnimmt. Die Antwort der CDU auf den Sozialismus in der Bundesrepublik kann daher nur der Wille zur Gerechtigkeit sein.

*) Wer sich ausführlicher über die Vorstellungen von Günter Rohrmoser zum Freiheitsverständnis informieren möchte, dem sei der im Seewald Verlag Stuttgart erschienene Sonderdruck zum Thema „Welche Art von Sozialismus bedroht unsere Freiheit?“ empfohlen, auf den auch unser Text zurückgeht. Zusendung erfolgt kostenlos. Bitte per Postkarte anfordern beim Seewald Verlag, Postfach 6, 7000 Stuttgart 70.

Zum Tode von Rudolf Bultmann

Der evangelische Theologe Prof. Rudolf Bultmann verstarb am 30. Juli 1976 in Marburg. Er wäre am 20. August 92 Jahre alt geworden. Der aus einem Pfarrhaus im Oldenburgischen stammende Neutestamentler gehörte zu den bekanntesten und umstrittensten Theologen dieses Jahrhunderts. 1912 hatte er seine Tätigkeit in Marburg begonnen. 1916 folgte er einem Ruf der Breslauer Fakultät und 1920 erhielt er einen Ordentlichen Lehrstuhl in Gießen. Doch schon ein Jahr später kehrte er als Ordinarius für Neues Testament und Urchristliche Religionsgeschichte nach Marburg zurück, wo er nach seiner Emeritierung 1951 auch seinen Ruhestand verbrachte.

Zu seinem Tode erklärte der EKD-Ratsvorsitzende Bischof D. Helmut Claß:

„Es wäre allenfalls die halbe Wahrheit, wenn man in Rudolf Bultmann nur den Urheber der „Entmythologisierung des Christentums“ sehen und feststellen würde, er habe die ‚leibliche Auferstehung Jesu Christi geleugnet‘. Was kritisch zu diesen beiden theologischen Positionen Bultmanns zu sagen ist, das wurde keineswegs erst

nach dem Zweiten Weltkrieg und keineswegs nur von Karl Barth deutlich zum Ausdruck gebracht. Man kann nicht das Evangelium so stark von der Geschichte Jesu Christi, von der Geschichte der Kirche und von der Welt ablösen, wie das Bultmann getan hat, wenn es nicht zu einer allgemeinen, zeitlosen Wahrheit werden soll. Diese Kritik an Bultmann bleibt, auch wenn man nicht verkennen darf, daß er das Evangelium für den heutigen Menschen verstehbar machen wollte.

Wer der Person und dem Werk Rudolf Bultmanns gerecht werden will, darf nicht an seinen mit großer Sorgfalt und erheblichem Sachverstand geschriebenen Kommentaren, insbesondere an seiner Auslegung des Johannes-Evangeliums, vorübergehen.

Ich selber vergesse es nicht, mit welchem Nachdruck Bultmann in seiner Vorlesung während des Sommersemesters 1933 uns Studenten vor dem Irrweg des Nationalsozialismus und vor dem doppelten Wahrheitsbegriff der sogenannten Deutschen Christen gewarnt hat. ‚Eine Religion mit zwei Offenbarungs-

quellen ist eine pervertierte Religion.‘

Ebensowenig kann ich vergessen, daß Bultmann uns Studenten, insbesondere an den offenen Abenden in seiner Wohnung, Mut zur Frömmigkeit machte. Nicht selten schloß er unser Beisammensein mit dem Gebetsvers: Gott laß Dein Heil uns schauen, auf nichts Vergänglich's trauen, nicht Eitelkeit uns freuen, laß uns einfältig werden und vor Dir hier auf Erden wie Kinder fromm und fröhlich sein.

Im übrigen hat Rudolf Bultmann keine Schüler gehabt im engeren Sinn dieses Wortes. Das ist nicht verwunderlich. Ihm war es als Lehrer wichtig, daß der Theologe seinen Weg eigenständig geht, gerade auch dort, wo er dem Lehrer nicht zu folgen vermag.

Ich habe nicht gehört, daß Bultmann den lapidaren Satz je zurückgenommen hat, den er schon im Jahr 1925 schrieb: ‚Der Gegenstand der Theologie ist Gott.‘ Es wäre gut, wenn Theologie und Verkündigung der Kirche auch nach dem Tod Bultmanns sich daran erinnern ließen und die Folgerungen daraus ziehen würden.“

Probleme und Hintergründe der Jugendarbeitslosigkeit

Horst Sander

Die Jugendarbeitslosigkeit ist sicher eines der ernstesten Probleme, das es auf mittlere und lange Sicht zu lösen gilt. Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Monaten darf nicht täuschen: Der Kern der Frage liegt noch vor uns. EV-Leser Dr. Horst Sander, der sich bereits in zahlreichen Aufsätzen, Vorträgen und Diskussionen mit grundsätzlichen gesellschafts-, bildungs- und wirtschaftspolitischen Fragen auseinandergesetzt hat, unternimmt eine Ursachenanalyse und skizziert Lösungsansätze.

„Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben“ – so lautet eine alte Spruchweisheit, die natürlich auch heute noch ihre Gültigkeit hat. Auf den Arbeitsmarkt übertragen, bedeutet das: Nicht Tendenzänderungen in der Beschäftigungsentwicklung sind das Entscheidende, so erfreulich auch jede nur geringfügige Zunahme der Beschäftigung sein mag, sondern zufrieden können die Verantwortlichen erst dann sein, wenn alle Arbeitslosen wieder eine Tätigkeit gefunden haben.

In der Tat schien die Bundesrepublik mit den sich vor einiger Zeit abzeichnenden Aufschwungstendenzen auch beschäftigungspolitisch die Talsohle durchschritten zu haben. Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück, wenn auch nur geringfügig und bei weitem nicht in dem erwünschten und erwarteten Ausmaß. Zu Jubel besteht jedoch keinerlei Anlaß.

Die neuesten Zahlen deuten darauf hin, daß tatsächlich jeder Grund zur Euphorie fehlt. Die Zahl der Beschäftigungslosen nimmt wieder zu, und die magische Grenze von einer Million ist nicht mehr fern. Und diese Entwicklung geschieht in einer Jahreszeit, in der das Beschäftigungsniveau normalerweise besonders hoch ist.

An dieser Stelle über die Kausalzusammenhänge vertieft und umfassend zu reflektieren, ist aus Platzgründen leider nicht möglich. Die Gründe dürften auch allen, sowohl den Verantwortlichen als auch den Nichtverantwortlichen, hinreichend bekannt sein. Natürlich spielen verteilungspolitische Ursachen eine besondere Rolle; sachlogische, politisch-taktische und vor allem

auch psychologische Fehler sind in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gemacht worden. Aber eine Retrospektive und allgemeine Schelte nützte den Betroffenen wenig, es sei denn, man ist bereit, aus Vergangenheitsfehlern zu lernen, und verpflichtet sich, es künftig besser zu machen. Obgleich es in der Politik keinen unmittelbar wirkenden Sanktionsmechanismus gibt, werden politische Fehler doch geahndet. Der Wähler, ausgestattet mit einem empfindlichen Sensorium für politische Leistungen und Fehlleistungen, handelt so, wie es jeder leitende und verantwortungsbewußte Mensch in solchen Fällen richtigerweise tut: Entweder er bestätigt das Personal in seinem Amt oder er löst es ab. Eine Administration, die beim Soll-Ist-Vergleich – und das wäre z. B. eine Gegenüberstellung der wirtschafts- und sozialpolitischen Realitäten in der Bundesrepublik Deutschland mit den Zielen des Stabilitätsgesetzes – durchfällt, muß eben durch eine bessere ersetzt werden, besonders, wenn diese auf eine bereits jahrzehntelange erfolgreiche Praxis verweisen kann.

Menschlich zutiefst tragisch ist es, daß eine solche Arbeitsmarktsituation überhaupt eintreten konnte. Mehr als sarkastisch ist der Hinweis, das sogenannte soziale Netz sei so dicht geknüpft, daß das Schicksal der Arbeitslosigkeit für den einzelnen jetzt erträglicher sei als noch vor einigen Jahren. Ob Politiker, die sich zu solchen Äußerungen hinreißen lassen, sich wohl ihrer eigentlichen Aufgabe bewußt sind? Die Aufgabe muß doch in erster Linie darin bestehen, einen Zustand der Vollbeschäftigung herbeizuführen und somit dem arbeitenden Menschen ausreichend Möglichkeiten zu bieten, eine angemessene Tätigkeit zu finden. Vor diesem Hintergrund erscheint der Hinweis auf die vermeintliche „Machendichte“ des sozialen Netzes als Unfähigkeits- und Kapitulationserklärung. Man muß sich doch auch vergegenwärtigen, daß das Schicksal der Arbeitslosigkeit für den einzelnen zwar in der Regel erhebliche finanzielle Einbußen mit sich bringt, daß darüber hinaus aber der indi-

viduelle soziale und psychische Schaden nicht vergessen werden darf, der durchaus größer als der finanzielle sein kann und materiell nicht zu kompensieren ist. Wer arbeitslos wird, sinkt in der gesellschaftlichen Skala des Sozialprestiges in der Regel sehr schnell ab, und das umso mehr, je höher er vorher gestanden hat. Daß daraus leicht ein Unterlegenheitsgefühl entsteht, welches strebsame und leistungsbereite Menschen besonders trifft, kann wohl kaum bestritten werden.

Hoffnung auf Situationsverbesserung?

Die Ungewißheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung – auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt seit langem stark zu spüren – hat natürlich ihre besondere Bedeutung für die zahlreichen jugendlichen Arbeitslosen. Dieses deswegen, weil das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in erster Linie auch ein wirtschaftspolitisches Problem ist, das deswegen auch mit dem entsprechenden Instrumentarium bekämpft werden muß. Zwar hatte sich in den letzten Monaten eine erfreuliche Entwicklung angebahnt: Die auch durch den verstärkten Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer verursachte, abschwungsbedingte überdurchschnittliche Zunahme jugendlicher Arbeitsloser – im Vergleich zur allgemeinen Arbeitslosigkeit – schlug um in eine unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit. Nach den Feststellungen der Bundesanstalt für Arbeit waren im September vergangenen Jahres ca. 116 000 junge Menschen unter 20 Jahren arbeitslos. Dies entsprach einer Quote von 5,8 Prozent, während die allgemeine Arbeitslosigkeit zu dem Zeitpunkt „nur“ 4,4 Prozent betrug. Der Vollständigkeit halber darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß 171 000 junge Menschen im Alter von 20 und 25 Jahren und 125 000 Menschen zwischen 25 und 30 Jahren als arbeitslos registriert wurden. Nur knapp 20 Prozent der 116 000 jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren hatten noch niemals im Beruf gestanden; also waren über 80

Prozent bereits beruflich tätig gewesen und hatten ihre Stellung verloren. Damit wurde empirisch ganz eindeutig belegt, daß das Gesamtproblem „Jugendarbeitslosigkeit“ weit weniger eine bildungspolitische, als vielmehr eine arbeitsmarkt-, sozial- und wirtschaftspolitische Frage ist, die mit einem komplexen Instrumentarium angegangen werden muß, das den differenzierten Ursachen entspricht.

Neuere Zählungen haben ergeben, daß im Juni 1976 77 200 Jugendliche in der Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren arbeitslos waren, somit in den letzten 9 Monaten eine Reduzierung der Arbeitslosenzahl um nahezu 40 000 zu verzeichnen ist. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von ca. 3,5 Prozent; die allgemeine Arbeitslosenquote liegt weit darüber.

So erfreulich diese Entwicklung auch ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, daß dieser Trend sich fortsetzen wird. Eher besteht die Gefahr, daß das Gegenteil eintritt. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß die Entwicklungsrichtungen der Jugend- und der allgemeinen Arbeitslosigkeit nahezu parallel verlaufen, wobei die Jugendarbeitslosigkeit größeren Ausschlägen unterworfen ist. Da die generelle Arbeitslosigkeit den letzten Messungen nach gegenwärtig wieder zunimmt, wird man befürchten müssen, daß in naher Zukunft auch wieder mehr Jugendliche ohne Stelle sein werden. Man darf deshalb auf die neuesten Statistiken auf diesem Gebiet gespannt sein.

Lehrstellenprobleme

Vonder Jugendarbeitslosigkeit, die in erster Linie ein wirtschaftspolitisches Problem ist, muß die **Lehrstellenfrage** sauber getrennt werden. Von allen 116 000 arbeitslosen Jugendlichen im September vorigen Jahres waren nur knapp 8 000 oder ca. 6 Prozent an einer Erstausbildung interessiert. Somit wird klar: Die Bereitstellung von geeigneten Ausbildungsplätzen in ausreichendem Maße von Seiten der Wirtschaft und des Staates, der aus finanzpolitischen Gründen sein Ausbildungsplatzangebot reduziert hat, bleibt weiterhin eine wichtige Maßnahme für die Schaffung von qualifizierten, sowohl praxisnah als auch allgemein ausgebildeten Mitarbei-

tern, reicht aber bei weitem nicht aus, um die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen zu können.

In der Tat hat sich gezeigt, daß etwa bis Ende der 60er Jahre das Lehrstellenangebot mit geringen Schwankungen um einen konstanten Trend relativ gleich geblieben, seit Anfang der 70er Jahre jedoch gesunken ist. Die Ursachen liegen sowohl auf bildungs-, als auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet: Welcher Handwerksmeister läßt sich schon gern als „Ausbeuter“ ständig beschimpfen? Lieber zieht er sich doch aus der Lehrlingsausbildung zurück. Hinzu kommt, daß ungerechtfertigt hohe Anforderungen an das Ausbildungsniveau aufgrund neuer Bestimmungen zahlreiche, vor allem kleine und mittelständische Betriebe aus der Ausbildung verdrängt haben. Darüber hinaus kann nicht geleugnet werden – und das hat die Edding-Kommission im Rahmen einer umfassenden Untersuchung festgestellt –, daß die Ausbildung dem Betrieb in der Regel nicht nur nichts einbringt, sondern normalerweise Geld kostet. Im Jahre 1971/72 waren das ca. DM 5 000,— pro Auszubildenden im Durchschnitt in der deutschen Wirtschaft. Es ist deshalb unmittelbar einsichtig, daß konjunkturelle Abschwünge wegen der ohnehin wachsenden Kostenbelastung in der Regel mit einer Reduzierung des Lehrplatzangebotes verbunden sind. Die wirtschaftlichen Erholungstendenzen der letzten Monate haben diese Zusammenhänge auch bestätigt. Das Lehrstellenangebot hat sich stabilisiert und ist leicht gestiegen.

Bislang besteht noch – wie in den vergangenen Jahren übrigens auch – ein ausreichendes Angebot an Lehrplätzen, wobei in zahlreichen Berufen und Gebieten nicht alle Lehrstellen besetzt werden konnten. Dadurch, daß aber in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in die Ausbildung drängen, kann es zu Engpässen im Ausbildungsplatzangebot kommen. Es gilt nun, mit geeigneten Mitteln hierfür Vorsorge zu treffen.

Verstaatlichung der beruflichen Bildung?

Eine Verstaatlichung und Verschulung der beruflichen Bildung und damit die Entlassung der Be-

triebe aus ihrer Ausbildungspflicht sind sicher die ungeeignetsten Instrumente, um die drohende Misere von den Jugendlichen abzuwenden. Eine moderne und zukunftsgerichtete Berufsausbildung, in Verbindung mit einer den individuellen Qualifikationen entsprechenden Allgemeinbildung ist nicht nur für den einzelnen das beste Kapital zur optimalen Sicherung des Arbeitsplatzes, sondern für unser ganzes Volk ist diese Kombination ein wichtiger Garant für die internationale Wettbewerbsfähigkeit – und das nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete – sowie für die allgemeine gesellschaftliche Stabilität. „Berufschancen der jungen Generation: Das wird in den nächsten Jahren das vorrangige Thema der Innenpolitik sein“ – schreibt MdB Georg Gölder mit Recht in den Evangelischen Kommentaren, Heft 5 (1976), Seite 282 ff., und trifft damit den Nagel auf den Kopf.

Wie kann auf mittlere und lange Sicht ein ausreichendes und strukturell ausgewogenes Ausbildungsplatzangebot gesichert werden? – Das „Ausbildungsplatzförderungsgesetz“ der Bundesregierung trägt als demagogisches Instrument diese Bezeichnung sachlogisch völlig zu Unrecht und müßte eigentlich „Lehrstellenverningungsgesetz“ heißen. Ohne jetzt auf inhaltliche Einzelheiten einzugehen, kann festgestellt werden – und darin waren sich namhafte Experten und Wissenschaftler in einem Hearing vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft im September vorigen Jahres einig –, daß die Realisierung dieses Gesetzes keine neuen Lehrstellen schafft, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit das Gegenteil bewirken wird, nämlich eine weitere Verknappung des Lehrplatzangebotes, wahrscheinlich auch verbunden mit einer qualitativen Verschlechterung. Darüber hinaus verfügt das Gesetz über keinerlei erfolgsversprechenden Instrumente, das Kardinalproblem der beruflichen Bildung, nämlich die Abstimmung zwischen Lehrplänen (Berufsschulen) einerseits und Ausbildungsordnungen (Betrieben) andererseits herbeizuführen.

Leider reicht hier der Platz nicht aus, um die erforderlichen Maßnahmen im einzelnen zu diskutieren. Unter Sachkundigen unbestritten ist es jedoch, daß endlich wieder pragmatisches Denken in die Bildungs-

politik zurückkehren muß und ideologische Konzepte endgültig verschwinden. Die dringend erforderliche Abstimmung zwischen Bund und Ländern über die Harmonisierung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen kann nur unter Beachtung der föderativen Grundstruktur der Bundesrepublik Deutschland in gleichberechtigter Kooperation beider Ebenen und nicht etwa unter Dominanz des Bundes geschehen. Darüber hinaus ist es dringend notwendig, endlich das Berufsschulsystem zu sanieren, damit es seine Funktionen fachgerecht und vollständig erfüllen kann. Ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, die jahrelange Diskriminierung der Berufsausbildung zugunsten des Abiturs und der Hochschulausbildung zu beenden. In der politischen Diskussion muß die berufliche Bildung als gleichberechtigter und eigenständiger Bestandteil des gesamten Bildungssystems anerkannt werden. Um die für den einzelnen und die gesamte Bevöl-

kerung außerordentlich schmerzhaften Friktionen zwischen dem Bildungssystem einerseits und dem Beschäftigungssystem andererseits spürbar abzubauen, sind beide Bereiche sowohl dimensionell als auch strukturell zu harmonisieren.

Engagement der Kirchen erwartet

Abgesehen von diesen bildungspolitischen Leitforderungen, deren optimale und vor allem praktikable Instrumentierung im einzelnen noch ausdiskutiert werden muß und die eine drastische Abkehr von der bisherigen erfolglosen und für viele arbeitslose Jugendliche schicksalsschweren Bildungspolitik bedeutet, ist es notwendig, daß die Betriebe, und hier insbesondere die Klein- und mittelständischen Betriebe, wieder in die Lage versetzt und angeregt werden, sich erneut verstärkt in der beruflichen Bildung zu enga-

gieren. In diesem Zusammenhang ist der Einsatz des bewährten konventionellen finanzpolitischen Instrumentariums zur Stimulierung der privaten Investitionsnachfrage besonders erfolgversprechend. Indiziert ist etwa eine Mischung aus steuerrechtlicher Zulassung von Ausbildungsrücklagen für bestehende Ausbildungsplätze und Bezuschussung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Keine der gesellschaftlichen Gruppierungen kann die letztlich christliche Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ablehnen. Alle sind aufgerufen, mit darüber nachzudenken, wie die anstehenden Probleme gelöst werden können. Da das gesellschaftliche Engagement der Kirchen seit je sehr stark ist und sie sich immer schon für die Belange der Jugend eingesetzt haben, sind jetzt die Männer und Frauen beider Konfessionen besonders aufgerufen, durch Rat und Tat an der Lösung der Jugendfrage engagiert mitzuwirken.

Sagen Sie Rundfunk und Fernsehen Ihre persönliche Ansicht

Der Inhalt von Rundfunk- und Fernsehsendungen beschäftigt uns immer wieder. Über viele Sendungen wird in der Familie, unter Freunden und Bekannten sowie in den Schulen oder am Arbeitsplatz diskutiert. In der Bewertung von Sendungen wird es dabei die unterschiedlichsten Meinungen geben.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Bilke, Bundesgeschäftsführer der CDU, hat in der letzten Zeit auf Grund vieler Briefe besonders deutlich feststellen können, mit welchem großem Interesse und mit welchem kritischem Bewußtsein draußen gehört und gesehen wird. Viele Mitglieder und Sympathisanten der Unionsparteien setzen sich in Briefen an die Rundfunk- und Fernsehanstalten mit dem Inhalt der Sendungen auseinander.

Die Evangelische Verantwortung hält die Aussage von Karl-Heinz Bilke für gut, wenn er feststellt, daß alle Bürger das Recht des Hörerbriefes tatkräftig in Anspruch nehmen sollten. Daher empfehlen auch wir unseren Lesern: Wenn Ihnen eine Sendung gefallen hat, wenn sie objektiv und ausgewogen ge-

staltet wurde, sollten Sie dies gegenüber den Anstalten positiv würdigen. Ebenso sollten Sie offen Ihre Kritik äußern und begründen, wenn Sie meinen, daß die Gesetze einer fairen, objektiven und ausgewogenen Berichterstattung verletzt wurden.

Da viele um die Adresse der Rundfunkanstalten gebeten haben, führen wir sie hier nachstehend auf:

Bayerischer Rundfunk,

Rundfunkplatz 1
8000 München 2
Tel. (0 89) 5 90 01

Deutschlandfunk,

Lindenallee 7
5000 Köln 51
Tel. (02 21) 3 70 31

Norddeutscher Rundfunk,

Rothenbaumchaussee 132-134
2000 Hamburg 13
Tel. (0 40) 41 31

Saarländischer Rndfunk,

Funkhaus Halberg
6600 Saarbrücken
Tel. (06 81) 60 21

Süddeutscher Rundfunk,

Neckarstraße 145
7000 Stuttgart 1
Tel. (07 11) 28 81

Westdeutscher Rundfunk,

Appellhofplatz 1
5000 Köln 1
Tel. (02 21) 22 01

Deutsche Welle,

Bonner Straße 211
5000 Köln 51
Tel. (02 21) 2 03 01

Hessischer Rundfunk,

Bertramstraße 8
6000 Frankfurt 1
Tel. (06 11) 15 51

RIAS Berlin,

Kufsteiner Straße 69
1000 Berlin 62
Tel. (0 30) 8 50 31

Sender Freies Berlin,

Masurenallee 8-14
1000 Berlin 19
Tel. (0 30) 30 81

Südwestfunk,

Hans-Bredow-Straße
7570 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 27 61

Zweites Deutsches Fernsehen,

Essenheimer Landstraße
6500 Mainz-Lerchenberg
Tel. (0 61 31) 7 01

Zur heutigen Aufgabe der Kirche

Paul C. Peddinghaus

Sehr viel öfter als wir gemeinhin annehmen, sprechen evangelische Laien auf Synoden unserer Kirche, vor Presbytern oder Mitarbeitern von Gemeindegruppen in den einzelnen Kirchenkreisen. So sprach kürzlich vor einem dieser Kreise Paul C. Peddinghaus aus Gevelsberg zum Thema „Gedanken eines Gemeindegliedes zur Lage und Aufgabe der Kirche in der heutigen Gesellschaft“. Sein Vortrag — aus dem wir auszugsweise einige Abschnitte veröffentlichen — liegt als Broschüre gedruckt vor. Wer sich für den gesamten Text interessiert, erhält ihn gerne zugesandt. (Postkarte an EAK, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn).

Stellung der Kirche zu den politischen Veränderungen

Der Mensch und seine Persönlichkeit, soweit diese überhaupt noch vorhanden ist, sind in Gefahr, der christlichen und damit kirchlichen Einwirkung entzogen zu werden. Dadurch ergibt sich eine Veränderung in der Einstellung zur menschlichen Gemeinschaft, die sich etwa in folgenden Erscheinungen ausdrückt: die zunehmend ablehnende Einstellung der Menschen zur Kirche, die laufenden Kirchenaustritte mit unterschiedlichster Begründung, Wandel in der Einstellung der Menschen zueinander und Verantwortungslosigkeit anstelle des früheren Pflichtbewußtseins.

Viele Christen sind heute von der Kirche enttäuscht, weil sie zu den vielen Problemen des täglichen Lebens nicht genügend wirksam ihre Stimme erhebt, wie zum Beispiel bei der gesetzlichen Änderung über die Ehescheidung oder den § 218 sowie bei anderen, noch einer Lösung harrender Probleme der Familie, der Jugenderziehung, der Berufsbildung und anderes mehr. Gerade unsere Mitmenschen in der DDR, die ihre religiöse Einstellung nicht offen bekennen können, verfolgen mit Sorge die weitere Entwicklung der westlichen Kirche.

Bei allen diesen Einwänden haben wir zu bedenken, daß die Kirche weder in der Regierung noch

im Parlament vertreten ist. Sie kann also nur indirekt durch Personen, die ihrer Auffassung nahestehen, in den Entscheidungsgremien wirksam werden. Das reicht häufig zur Beeinflussung der politischen Entwicklung nicht aus. Ich betrachte es daher nicht nur als gutes Recht der Kirche, sondern eindeutig als ihre Pflicht, über die Kanzel auf die Glieder der Gemeinde Einfluß zu nehmen, um Fehlentscheidungen in der Politik rechtzeitig abzuwenden, wie es Martin Luther 1517 mit seinem Anschlag der 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg gemacht hat. Natürlich waren die Verhältnisse damals anders. Mir geht es hier darum, das nötige Engagement aufzuzeigen, welches wir heute so dringend benötigen. Das setzt natürlich in der heutigen Zeit auf die Einstellung der Kirche bezogen von Fall zu Fall eine unmißverständliche und einheitliche Stellungnahme der Kirchenleitungen voraus. Dazu müßten sich natürlich auch die Seelsorger als berufene Träger der Kirche bereitfinden und durch Disziplin und Orientierungswillen zur Erfüllung ihrer ideellen Aufgabe beitragen.

Grenzen der Freiheit des Gewissens

Mit der Befürwortung einer betonten Stellungnahme zu Fragen unseres menschlichen Daseins durch die Kanzel, d. h. über den Weg der sonntäglichen Predigt, wird natürlich ein kritischer Punkt berührt, der gerade für den evangelischen Christen von entscheidender Bedeutung ist, nämlich die Frage, wie weit dadurch die Freiheit seines Gewissens beeinflußt wird.

Wie verhält sich dazu der Grundsatz der Gewissensfreiheit? Hier läßt sich sagen: Frei ist nur der Mensch, der sich gebunden fühlt. Freiheit im dem Sinn, daß jeder tun und lassen kann, was er will, ist nur Narrenfreiheit oder die falsch verstandene Freiheit als Befreiung

im Sinne von „frei von etwas sein“. Das aber hieße Ablehnung in unserer heutigen politischen Entwicklung. Gewissensfreiheit steht hier nicht im Gegensatz zu einer Orientierungshilfe, an der es gerade unsere Massenmedien fehlen lassen, und die der Christ in der Zeit der politischen Auseinandersetzung so dringend braucht. Hier wird aus politischen Motiven versucht, den Menschen eine größere Reife und Urteilsfähigkeit zu unterstellen, die ihn zu einer kritischeren Haltung veranlassen soll. Kein Mensch kann klüger sein, als es ihm die Erkenntnis im Augenblick der Entscheidung vermittelt. Der Mensch ist heute weder klüger noch dümmer. Hier wird die Freiheit als Herausstellung des eigenen Ichs gesehen, um bei allen anfallenden Sachfragen im Leben mitreden und mitwirken zu können, also falsch verstandene Demokratie. Dadurch wird ein überkritisches Bewußtsein und Mitspracherecht im Menschen geweckt, welches dem sachlichen und reibungslosen Entwicklungsablauf entgegensteht. Der Erfolg einer Arbeitsgemeinschaft (teamwork) kann nur in der Koordinierung der Aufgaben und dem Vertrauen auf die gleiche Zielsetzung seiner Mitmenschen liegen. Zweifel und unsachliche Kritik an den Zielen der Gemeinschaft stellen nur den Erfolg in Frage.

Der politische Standpunkt des einzelnen Menschen ist daher von den ihm gegebenen Informationsmöglichkeiten abhängig, sie bestimmen weitgehend seine Urteilsfähigkeit. Hierzu muß die Kirche aus ihrer Sicht einen entsprechenden Beitrag leisten, um den Fortbestand des Menschenbildes zu gewährleisten. „Politische Agitatoren versuchen, dem Menschen die Stimme des Gewissens auszureden und ihm dafür das ideologische Vorurteil einzureden. Nur Ideologien können den Haß rechtfertigen, den ein unbeschädigtes Gewissen verurteilt. Der Staat steht und fällt mit dem Prinzip der Humanität“, so äußerte sich jüngst Max Schoch als Theologe und Wissenschaftler in einer Schweizer Zeitschrift.

Helmut Kohl antwortet dem Kirchlichen Entwicklungsdienst

Der Arbeitskreis Kirchlicher Entwicklungsdienst (Nord) der Evangelischen Kirche im Rheinland hatte sich kürzlich – insbesondere auf Grund der in Nairobi stattgefundenen Welthandelskonferenz (Unctad IV) – u. a. an den Vorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl gewandt und um Beantwortung von insgesamt vier Fragen gebeten.

In dem von Helmut Kohl persönlich unterzeichneten Antwortschreiben wird zu den Fragen wie folgt Stellung genommen:

1. Frage:

Wie kann der außenpolitische Schaden behoben werden, der entsteht, wenn die Bundesrepublik wie in Nairobi ohne einleuchtende Alternativ-Vorschläge für die Weltwirtschaft einseitig die Interessen der Industrienationen verfißt?

Antwort:

Von einem „außenpolitischen Schaden“ kann keine Rede sein. Wir vertreten die marktwirtschaftliche Ordnung, weil sie nicht nur einen hohen Stand der Güterversorgung und damit des Lebensstandards, sondern auch ein Höchstmaß an Freiheit garantiert. Wenn wir also für eine an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientierte Weltwirtschaftsordnung eintreten, dann liegt das nicht nur in unserem, sondern ebenso im Interesse aller anderen Länder, auch der Länder der Dritten Welt.

2. Frage:

Wie kann verhindert werden, daß sich das freie Spiel der Kräfte zwischen ungleichen Partnern auf dem Markt für die Entwicklungsländer wie ein Vertrag zwischen Storch und Frosch auswirkt, die sich gegenseitig Freiheit und Nahrungsmittelsuche zusichern?

Antwort:

Der Vergleich zwischen Storch und Frosch hinkt gewaltig. Während der Storch davon lebt, Frösche zu verspeisen, sind wir wie alle Industrienationen bestrebt, den Handel mit den Entwicklungsländern zu beiderseitigem Nutzen zu pflegen und auszubauen. Die Länder der Dritten Welt sind unsere Handelspartner. Die Bundesrepublik Deutschland leistet einen hohen Beitrag für die Entwicklungshilfe. Diese Entwicklungshilfe stellt einen wesentlichen Beitrag zu der gemeinsamen Aufgabe dar, die wirtschaftliche Leistungskraft der Staaten der Dritten Welt zu stärken und zu erweitern. Falls Sie den Entwicklungspolitischen Kongreß der CDU aufmerksam verfolgt haben, wird Ihnen nicht entgangen sein, daß sich gerade die CDU in starkem Maße für die Aufgaben der Entwicklungspolitik einsetzt.

3. Frage:

Welche markthemmenden Maßnahmen müssen im Handel mit der Dritten Welt beseitigt werden, damit die von Ihnen vertretenen

marktwirtschaftlichen Prinzipien wenigstens glaubwürdig werden können?

Antwort:

Die CDU/CSU hat sich stets für die sozial-marktwirtschaftliche Ordnung eingesetzt. Wir sind um unsere Glaubwürdigkeit nicht besorgt. Die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft sprechen für sich. Wir setzen uns deshalb auch für die Errichtung einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft ein. Dazu gehört, daß wir die Öffnung unserer Märkte für die Produkte der Dritten Welt bejahen und darüber hinaus für den Abschluß von Handelspräferenzen und die Errichtung marktkonformer Systeme der Exporterlösstabilisierung für die Länder der Dritten Welt und für verstärkte Entwicklungshilfeleistungen eintreten.

4. Frage:

Welche Absichten sollte die Bundesrepublik für die geplante Rohstoffkonferenz im März 1977 verfolgen?

Antwort:

Wir sind bereit, die von den Entwicklungsländern aufgestellten Forderungen nach einer Neuordnung des internationalen Rohstoffhandels sorgfältig zu prüfen. Unser Ziel auch auf der nächsten Rohstoffkonferenz muß es aber sein, die Errichtung von Hemmnissen im internationalen Warenverkehr zu verhindern.

Gemeindetag unter dem Wort

Dortmund
Westfalenhalle/Westfalenstadion
17. bis 19. Mai 1977

Jesus
der wiederkommende
Herr

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

**Evangelische Akademie Arnolds-
hain**
6381 Arnoldshain (Taunus)

17. bis 19. September 1976

Dominanz und Abhängigkeit –
Die EG und Südeuropa.
– Ein developmentspolitisches Pro-
blem besonderer Art soll in dieser
Tagung dargestellt und diskutiert
werden.

24. bis 26. September 1976

Rationalisierung – ihre Auswirkun-
gen auf den Menschen im Ange-
stelltenbereich.

Evangelische Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll/über Göppingen

24. bis 26. September 1976

Wer war Jesus von Nazareth?
Außerkirchliche Jesusbilder
Anhand eines Arbeitsbuches von
Prof. Horst Georg Pöhlmann, das
jeder Teilnehmer zugeschickt be-
kommt, werden Jesusbilder bespro-
chen.

29. bis 31. Oktober 1976

Streit um den Zionismus
– Die religiöse Bedeutung des
Landes im Judentum.

**Evangelische Akademie Oldenburg,
Heimvolkshochschule**
2902 Rastede 1/Hankhausen

19. September 1976

Rasteder Gespräch: Politische Bil-
dungsarbeit als gesellschaftliche
und kirch-theologische Aufgabe.

30. September bis 6. Oktober 1976

Bildungsfreizeit auf Langeoog

**Evangelische Akademie Kurhessen-
Waldeck**
352 Hofgeismar, Schließchen
Schönburg

15. bis 17. Oktober 1976

Bundeswehr oder Zivildienst?
– Beisitzer in Prüfungsausschüssen
und Kammern
– Gewissensforschung – Alter-
native Dienste
In Zusammenarbeit mit dem christ-
lichen Bildungswerk
„Die Hegge“/Warburg

Evangelische Akademie Loccum
3055 Loccum/über Wunstorf

17. bis 19. September 1976

Der mündige Patient
– Gesundheitserziehung in der
Erwachsenenbildung

1. bis 3. Oktober 1976

Entwicklung als internationale
soziale Frage
– Der Beitrag der Kirchen zur ent-
wicklungspolitischen Diskussion

20. bis 22. Oktober 1976

Urlaub für Behinderte
– Chancen und Schwierigkeiten
der Integration

**Evangelische Akademie Schleswig-
Holstein**

Marienstraße 31
236 Bad Segeberg

20. bis 23. September 1976

Nairobi – und die Folgen
– Studienseminar über die 5. Voll-
versammlung des Weltrates der
Kirchen

**Evangelische Akademie Rheinland-
Westfalen – Haus Ortlohn**
Baarstraße 59–61
586 Iserlohn/Westfalen

11. und 12. September 1976

Von der Freude eines Christen-
menschen
– Die Bedeutung Paul Gerhards
für das geistliche Leben der Kirchen
– Tagung zum 300. Todestag des
Dichters in Zusammenarbeit mit
und in der Katholischen Akademie
Schwerte

4. bis 6. Oktober 1976

Mitarbeiten – Mitgestalten – Mit-
entscheiden
– Seminar in Zusammenarbeit mit
der Arbeitsstelle „Kirchliche Mit-
arbeiter“

**Evangelische Akademie Rheinland-
Westfalen – Haus der Begegnung**
Uhlenhorstweg 29
433 Mülheim-Ruhr

18. bis 21. Oktober 1976

Umkehr in die Zukunft – Müssen
wir unser Leben ändern, um unsere
Zukunft zu bewältigen?
– Tagung mit Schülerinnen und
Schülern der Klassen 11–13

Evangelische Akademie Tutzing
(Starnberger See), Schloß
8132 Tutzing

14. Oktober 1976

Der Behandlungsauftrag des neuen
Strafvollzugsgesetzes
– Sozialpolitisches Kolloquium

29. bis 31. Oktober 1976

Bewertende Schule – bewerteter
Mensch: Werte im Wandel
– Tagung in Zusammenarbeit mit
dem Gesamtverband Evangelischer
Erzieher

**GEE – Gemeinschaft Evangelischer
Erzieher e. V.**
Hamborner Altmarkt 28–32,
4100 Duisburg 11

15. Oktober 1976 in Koblenz

Die Frage nach Gott im Religions-
unterricht

**KOMMENDE, Sozialinstitut des Erz-
bistums Paderborn**
Brackeler Hellweg 144
4600 Dortmund 12

17. und 18. September 1976

Kommende-Gespräch: Werden mo-
derne Demokratien unregierbar?

8. und 9. Oktober 1976

Kommende-Gespräch: Leistungs-
druck – Kinder sind auch Menschen

Das ausführliche Programm sowie
weitere Unterlagen über die Veran-
staltungen der Akademien fordern
Sie doch bitte direkt bei den Aka-
demien an. Machen Sie bitte von
diesem Tagungsangebot regen Ge-
brauch und weisen Sie auf die Viel-
schichtigkeit der Akademiearbeit
auch innerhalb Ihres Bekannten-
und Freundeskreises hin, da gerade
auch die Präsenz im vopolitischen
Raum von uns zu Recht erwartet
wird.

„Wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“

Joachim Konrad

Der Bonner evangelische Theologe Prof. D. Dr. Joachim Konrad hielt anlässlich des kürzlich stattgefundenen Paneuropa-Kongresses eine Predigt im Aachener Dom, die er unter das Wort II. Kor. 3,17 stellte: „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“.

In diesem ökumenischen Festgottesdienst setzte sich Joachim Konrad kritisch mit dem Freiheitsbegriff auseinander.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Grundsatzklärung der Paneuropa-Union der Begriff der Freiheit: Politischer Zusammenschluß der Völker Europas in freier Selbstbestimmung: Freiheit auf der Grundlage persönlicher Würde und rechtlicher Gleichheit; freie Existenz; Freizügigkeit der Menschen in Europa; freie direkte Wahlen usw.. Für das Ziel und die Vision eines geeinten Europa in all seinen politischen Bestrebungen ist die Freiheitsidee die große verbindende Klammer, die ersehnte zu Taten verpflichtende Hoffnung, die uns hier in Aachen zusammenkommen läßt; auch in diesem altehrwürdigen Gotteshaus im Gebet um Gottes gnädigen und reinigenden Beistand.

Denn so wenig daran zu zweifeln ist, daß dieses Freiheitsdenken philosophisch und politisch vom Griechentum her, im Glauben vom Evangelium her die Tradition des Abendlandes geprägt hat, so müssen wir doch vor Gott bekennen, wie vielfach auch wir im Westen in unserer Geschichte uns der hohen Gabe und Forderung dieser Freiheit gegenüber versündigt haben: in ihrem Mißbrauch als Einzelne, in nationalistischen und parteilichen Machtansprüchen, wirtschaftlichem Egoismus und sozialem Versagen. Und so darf wohl der Neubeginn unseres Ringens um ein freies und geeintes Europa nicht in Arroganz und Pochen auf unsere Privilegien geschehen, sondern in Buße und mit der Bitte um Vergebung gerade auch unserer eigenen Schuld. Sonst könnte uns der Ruf zur Freiheit zum bloßen Schlagwort entarten, ja zur Lüge, hinter der sich nur neue Unterdrückung und Vergewaltigung

verbirgt. Nur über unser eigenes inneres Befreitwerden und die daraus erwachsende Verantwortung vor Gott und unseren Mitmenschen kann Freiheit in rechter Weise dann auch politisch programmiert und glaubhaft praktiziert werden. Um diese Tiefendimension der von uns erstrebten Freiheit soll es in unserem heutigen ökumenischen Europa-Gottesdienst gehen!

II.

Man muß sehr genau zusehen, was mit Freiheit gemeint ist. Freiheit sagen und wollen alle: Die, die unter dem Schlagwort Emanzipation nur das hemmungslose Ausleben ihrer Triebe wünschen und darüber in deren Knechtschaft geraten; die, die als Anarchisten gegen alle Ordnung der Gesellschaft anrennen und darüber das Chaos beschwören; die, die Freiheit mit bloßem Liberalismus und Meinungspluralismus verwechseln; und die, die Freiheit erst unter den Voraussetzungen ihrer Zwangsideologien gelten lassen wollen und so Millionen Menschen ihrer politischen Vergewaltigung und ihrem Terror unterwerfen.

III.

Worin bestehen denn nun für unseren christlichen Glauben Grund, Ziel und Sinn unserer Freiheit? Darauf wird man antworten müssen: in der Gottesbestimmtheit unseres Daseins. In unserer Geschöpflichkeit nach dem Ebenbild Gottes, unserem Versöhntsein durch Christus und in der Gemeinschaft und Liebe untereinander, für die uns der Heilige Geist die Augen, das Herz und die Hand öffnet.

Der Adelsbrief der Geschöpflichkeit ist für unser freiheitliches Selbstverständnis eine große Sache. In der Nazizeit vor etwa 40 Jahren donnerte mich ein Beamter der Geheimen Staatspolizei an: Sie sind eine unerwünschte Existenz! Ich antwortete ihm: Das tut mir leid, aber ich bin ja auch nicht ihre Kreatur! Wer in der Schöpfungshand Gottes steht, hat damit sein unbedingtes Daseins- und Freiheitsrecht und braucht nicht auf das Wohlwollen oder Mißfallen derer zu schießen, die es ihm nehmen oder bestreiten wollen.

Was uns allerdings unsere Freiheit zu rauben und zu Sklaven zu machen droht, ist unsere Schuld. Jesus sagt im Johannes-Evangelium: „Wer Sünde tut, der ist der Sünde Knecht“; aber auch: „So euch der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei“. Das Evangelium von Jesus Christus ist das große Angebot der Freiheit Gottes aus der Sklaverei des schuldbedrängten Gewissens zum erlösten Aufatmen unter der Vergebung, aus der Lügenverstrickung unserer Sünden zur Wahrhaftigkeit, aus der Knechtschaft des Hassens zur neuen Gemeinschaft in der Liebe. Und das durch das Opfer am Kreuz des Herrn, damit wir von den Mächten der Finsternis und des Todes zur herrlichen Freiheit der Kinder Gottes erlöst würden. Freiheit und Opfer gehören zusammen. „Ihr seid teuer erkaufte, darum werdet nicht der Menschen Knechte!“

Und an diesen Herrn will uns der heilige Geist binden, dessen bewegendende Macht allein zum wahren Glauben führen kann. So heißt es in unserem Text: „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“ Freiheit von bloßer Gesetzhaltung zum freudigen Gehorsam in der Erkenntnis des Willen Gottes, und damit auch in der Heiligung und Liebe zum Dienst aneinander. So kann Luther in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ sagen: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemand untertan“ – und zwar im Glauben – und zugleich „ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“ – und zwar in der Liebe. Da liegen die sogenannten „Christlichen Werte“, um deren Erkenntnis und Auswirkung wir im persönlichen und sozialen Leben, im Leben unseres Volkes und der Völker, wie nun besonders auch für die Erneuerung Europas ringen müssen.

IV.

Aber nun müssen wir noch genauer sehen, und zwar bis ins Politische hinein, welche Mächte unserer Freiheit entgegenstehen. Auch diese Mächte kommen nicht nur von außen, sondern haben ihren Wurzelgrund im Innern des Men-

schen. Da steigt schon im einzelnen Menschen der sich über die anderen rücksichtslos hinwegsetzende Machtwille auf: mein Prestige, mein Vorteil, meine Ellenbogen! So vollzieht sich die Verkehrung berechtigter persönlicher Ansprüche ins Böse. Entsprechendes gilt vom Gruppenegoismus. Berechtigte und notwendige nationale Interessen im Rahmen der Völkergemeinschaft werden nationalistisch hochgespielt, als hätte nur mein Volk Daseinsberechtigung. Oder man denke an die kapitalistische sowie sozialistische Einseitigkeit der politischen und wirtschaftlichen Programme; ja in beiden Parteien an die Vergötzung der materiellen Lebensgüter, in deren Habsucht alle höheren geistigen und sittlichen Menschheitswerte außer Sicht kommen und verschlungen werden.

Die dämonische Bedrohung unserer Freiheit liegt da, wo diese Gegenmächte sich an die Stelle Gottes setzen, wo Völker, Parteien und Gruppen ihren Machtwillen verabsolutieren und dann in der Form von Zwangsideologien zur Herrschaft bringen. In dieser gottwidrigen Anmaßung und Vergewaltigung des Gewissens bis in all die terroristischen Konsequenzen und Schikanen hinein liegt der radikale Gegensatz zu der uns vom Geist Gottes verkündeten und verheißenen Freiheit. Und gegen diese Mächte der Finsternis sind wir, gerade auch als Christen zum Widerstand aufgerufen, als Einzelne wie auch um der Wirksamkeit willen als Gemeinschaft in einem unter Umständen bis ins Martyrium führenden Einsatz.

Wenn z. B. Solschenizyn oder Sacharow es wagten, im Bereich eines ungeheuer mächtigen, ideologischen Zwangssystems ihrem Gewissen entsprechend die Wahrheit über politische Straflager und Liquidationen, Gehirnwäschen und all das Böse in der Gewaltanwendung furchtlos darzustellen und zu bekennen, so ist das ein Zeugnis für die Freiheit unter Lebenseinsatz, ein aufrufendes Zeichen für die ganze Welt und gerade auch für Europa. Der Bann der stummen oder auch phrasenhaft verlogenen Gleichschaltung unter der Herrschaft jeglichen Terrors in allen Weltteilen muß gebrochen werden mit dem Mut zur Freiheit, mit dem Wagnis zum Widerstand. Und zwar um der Liebe zu den Vergewaltigten

willen. Dazu scheint mir gerade auch das sich von seinem christlichen Grunde her zu verstehende Europa und seiner Völker berufen zu sein. Mit bloßen Handelsverträgen und politischen Kompromissen wird unser Kontinent den Herausforderungen nicht Genüge leisten können, die die Weltgeschichte heute auf Leben und Tod an ihn heranträgt.

V.

Was hat nun die bis in ihre christliche Tiefendimension verstandene Freiheit für den Politiker zu bedeuten? Wir wollen die unterschiedlichen Ebenen nicht verwechseln. Politik ist eine Sache der die jeweiligen Bedingungen durchdenkenden und praktizierenden Vernunft. Christentum ist eine Sache des unbedingten Glaubens. Die verbindende Klammer aber ist unsere Verantwortung vor Gott, das Gewissen des einzelnen Politikers wie der politischen Gemeinschaft, das unserem Vernunfthandeln in der Welt die Wege weisen sollte. Wir werden nach den bestmöglichen Wegen zu fragen haben, auf denen sich für uns europäische Freiheit und Gemeinschaft verwirklichen läßt. Das kann und muß sicher auf der Ebene eines möglichst gerechten wirtschaftlichen und sozialen Interessenausgleichs geschehen. Aber „möglichst gerecht“ betrifft über die Leib- und Magenfrage hinaus die menschliche Würde kultureller und sittlicher Selbstbestimmung der Einzelnen, der Parteien und der Nationen. Eben weil wir von der realen Macht des Bösen in der Welt und ihren politischen Auswirkungen wissen, gilt es, dem Guten, dem unbedingt Wahren, dem wirklich Gerechten Freiraum zu erkämpfen; in unseren Verfassungen, in der Ordnung unserer Gesellschaft, im Frontmachen gegen all das Unrecht, das sich auch in unser eigenes politisches Handeln einschleichen möchte. Auf diesem Niveau haben wir die „Lebensqualität“ für uns Europäer, wie für die ganze Welt zu suchen, von der heute so vielfach und unterschiedlich geredet wird. Da liegt auch unser Kampf für die allen politischen Systemen vorausliegenden Menschenrechte, auf deren Achtung und Verwirklichung es für alle Nationen und Parteien so entscheidend ankommt.

Daß diese verantwortungsbewußte Haltung Gestalt und Macht bei uns gewinnen und von daher auch außenpolitische Wirksamkeit erlan-

gen möchte, ist ein hohes Ziel der uns anvertrauten Freiheit. Von daher wird es darauf ankommen, uns in Europa zu konsolidieren und auch eine politisch gemeinsame Machtbasis zu schaffen, die in Abwehr aller Vergewaltigung den Unterdrückten, ideologisch Versklavten, den Unterentwickelten und Hungernden auch in anderen Ländern wirksame Hilfe und Beistand leisten kann.

Europa hat es nicht nur mit sich selbst zu tun, sondern bei der Weltverflochtenheit aller heutigen politischen Fragen einen missionarischen Auftrag zu erfüllen: nicht den eigenen Willen oder auch die eigene Tradition und Struktur anderen Völkern aufzuzwingen, wohl aber die Freiheit und ehrliche Selbstbestimmung der anderen in deren Stil ermöglichen zu helfen. Denn die recht verstandene Freiheit ist kein Privileg Europas, sondern um der uns von Gott gesetzten Menschenwürde und Menschenrechte willen Ziel für alle Welt.

Der englische Historiker und Geschichtsphilosoph Toynbee hat uns warnend gesagt: Völker und Kulturen gehen unter ihren äußeren Feinden erst dann zugrunde, wenn sie durch ihren inneren Verfall dafür reif geworden sind. Das geht auch den Zustand und die Zukunft Europas an. Wenn uns nicht die Kräfte erwachsen, seiner geistigen und moralischen Zersetzung von unserer Freiheitsberufung her einen gemeinsam aufbauenden Widerstand zu leisten, wird auch der äußere Verlust unserer Freiheit nicht lange auf sich warten lassen. Im Kampf gegen den inneren religiösen und sittlichen Verfall und damit gegen die versklavenden Dämonen, die mit ihren Ideologien und Gewaltpraktiken auch unsere äußere Freiheit so bedenklich bedrohen, werden sich die Christen und Kirchen Europas in gemeinsamer Erneuerung immer fester zusammenschließen müssen. Das ist **ihr** Wächter- und Aufbauamt, der **ihnen** aufgegebenen Fürbitten und Hilfsbeitrag für ein vereinigtes Europa. Dienst und Freiheit unter der Gnade und dem Segen Gottes: „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“. In diesem Sinne wenden wir uns an die Europapolitiker, wie sich einst der Prophet Jesaja an seinen politisch bedrohten König gewandt hatte: „Glaubet ihr nicht, so bleibt ihr nicht!“

EKD-Stellungnahme zu den Beschlüssen von Helsinki

Von der starken Betonung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verspricht sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) „einen Fortschritt im Entspannungsprozeß zwischen den beiden deutschen Staaten“. Das geht aus einer Stellungnahme hervor, die der Rat der EKD für eine Konsultation des Weltkirchenrates über die KSZE-Ergebnisse erarbeitet hatte und zwischenzeitlich veröffentlichte. Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Philip Potter, hatte die Mitgliedskirchen im März dieses Jahres um Auskunft gebeten, auf welche Weise sie sich mit der KSZE-Schlußakte auseinandersetzen, ob sie in ihrer jeweiligen Gesellschaft Praktiken feststellen könnten, die diesem Dokument widersprechen, und wie sie sich die weitere Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und den Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki vorstellten.

Kai-Uwe von Hassel begrüßt EKD-Stellungnahme

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat die Stellungnahme, die der Rat der EKD aus seiner Sicht für den Weltkirchenrat über die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erarbeitet und veröffentlicht hat, begrüßt. Wie der stellvertretende Bundesvorsitzende des Arbeitskreises, Kai-Uwe von

Über die Ergebnisse der Beratungen von Montreux berichtete Potter auf der Zentralaussschußtagung des Weltkirchenrates, die vom 10. bis 18. August in Genf stattfand.

In den vergangenen Jahren wiederholt erhobene Vorwürfe, der Weltkirchenrat wende sich einseitig beispielsweise gegen den Rassismus im südlichen Afrika, drücke aber bei Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa die Augen zu, greift der Rat der EKD in seiner Stellungnahme ebenfalls auf. Ohne die Namen der betreffenden Länder zu nennen, meint er, der Weltkirchenrat stehe im Verdacht, sein Augenmerk „nur auf bestimmte Regionen der Welt“ zu richten, wenn es darum gehe, Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten. Zwar gebe es gute Gründe für das unterschiedliche Verfahren, doch könne es auf die Dauer nicht hingenommen werden, daß „manche Staaten“ auf Vorhaltungen wegen Menschenrechtsverletzungen auf das heftigste reagierten: „Ein Staat, der die KSZE-Schlußakte unterschrieben hat, muß auch bereit sein, sich an ihr messen zu lassen.“

Zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland heißt es in der Stellungnahme, mit Hilfe der Gerichte könne jeder einzelne Über-

griffen auch der staatlichen Gewalt begegnen. Selbst wenn „nicht der eigentliche Wesensgehalt, sondern lediglich das weitere Vorfeld von Grundrechten berührt“ werde, lösten diese Auseinandersetzungen, wie z. B. in der Behandlung ausländischer Arbeitnehmer und bei Fragen der Einstellung in den öffentlichen Dienst, meist eine breite Diskussion aus. Die „große Empfindlichkeit“, mit der in der Öffentlichkeit über die Einhaltung dieser Grundrechte gewacht werde, erkläre sich aus den Erfahrungen des deutschen Volkes mit einer ungezügelter staatlichen Willkürherrschaft. „Auch die Kirchen sind an dieser Wachsamkeit beteiligt und haben zugleich hinsichtlich der Religionsfreiheit und der weltanschaulichen Neutralität des Staates ihren Nutzen davon.“

An der Jahresversammlung des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates nahmen alle sechs westdeutschen Mitglieder dieses Gremiums teil. Es waren dies die EKD-Mitglieder Bischof Harms (Oldenburg) und Moderator Esser (Münster) sowie Bischof Hübner (Kiel), Außenamts-Präsident Held (Frankfurt), Hildegard Zumach (Bergisch-Gladbach) und Prof. Grohs (Berlin/Mainz).

Hassel, in Bonn mitteilte, muß allen Teilnehmerstaaten der KSZE immer wieder verdeutlicht werden, daß die Betonung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in der Schlußakte von Helsinki Handlungsanweisung für alle Staaten in Ost und West sein müsse. Von Hassel, der die Stellungnahme des Rates der EKD als hilfreich bezeichnete, wertete die Meinung des Rates, nach der der Weltkirchenrat zu ausgewogeneren Stellungnahmen bei Menschenrechtsverletzungen kommen müsse und nicht bei denen in Osteuropa die Augen verschließen dürfe, als ein erfreuliches Zeichen objektiver Beurteilung. Gera-

de die jüngsten Ereignisse an der mitten durch Deutschland verlaufenden Todesgrenze hätten gezeigt, wie weit die Staaten des Ostblocks noch von dem entfernt seien, was sie selbst mit ihrer Unterschrift unter die Schlußakte in Helsinki als verbindlich anerkannt hätten. Es sei zu hoffen, so erklärte von Hassel weiter, daß auf der am 10. August begonnenen Sitzung des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates die Fragen der Freiheit der Christenheit deutlich gestellt würden – gerade auch angesichts der zunehmenden Unterdrückung der Christen in osteuropäischen Ländern.

Missionare verlassen Mozambique

Rund 650 Missionare haben seit der Übernahme der Macht in Mozambique durch das kommunistische „Frelimo“-Regime das Land verlassen. Dies geht aus dem Anhang des jüngsten Hirtenbriefes der Mozambikanischen Bischofskonferenz hervor.

Gegen Weltkirchenratsunterstützung für MPLA in Mozambique

Es kann nicht Aufgabe des Weltkirchenrates sein, beim Wiederaufbau Angolas unter kommunistischer Flagge finanzielle Hilfe zu leisten, erklärte der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen auf Grund einer kürzlich erfolgten Meldung des Evangelischen Pressedienstes, nach der die Regierung in Luanda das Angebot des Weltkirchenrates begrüßt hat, beim Wiederaufbau des Landes zu helfen. Gerade unter Berücksichtigung der immer noch andauernden Freiheitskämpfe der alten Freiheitsbewegungen Unita und FNLA in verschiedenen Teilen Angolas, die früher gegen die Portugiesen und heute gegen die kommunistische MPLA kämpfen, muß man sich fragen, was den Weltkirchenrat dazu bewegt, den kommunistischen Machthabern in Luanda seine Hilfe anzubieten. Hat der Weltkirchenrat den erbarmungslosen Kampf der kommunistischen Truppen zusammen mit den kubanischen Söldnern Fidel Castros gegen die demokratischen Bewegungen in Angola bereits vergessen?

Mit dieser Aktion des Weltkirchenrates zeigt sich erneut die politisch einseitig ausgerichtete Arbeit dieser ökumenischen Behörde. Einzig und allein Aufgabe des Weltkirchenrates kann es sein, die Kirchen in Angola selbst bei ihrer humanitären Arbeit zu unterstützen und ihnen die Möglichkeiten der Verkündigung des Evangeliums zu sichern.

Zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus

Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus wird über den Wahltag am 3. Oktober hinaus an Bedeutung zunehmen; wir alle sind aufgerufen, uns mit dem theoretischen Ansatz des Marxismus und seinen grundlegenden Thesen stärker als bisher zu beschäftigen. Es gibt viele Bücher und Schriften, die hierzu einen wesentlichen Beitrag liefern, selten aber sind sie für den allgemein politisch Interessierten so verständlich geschrieben, wie die von Professor Dr. Konrad Löw „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, Band I (212 Seiten) und II (542 Seiten).

Die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ stellt für ihren Leserkreis eine begrenzte Anzahl dieser Bücher zur Verfügung. Die Abgabe erfolgt kostenlos; für die Deckung der Versandkosten erbitten wir Briefmarkenzusendung in Höhe von 2,- DM an EAK-Bundesgeschäftsstelle, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn.

CDU distanziert sich von der Mun-Sekte

Die CDU hat sich mit großem Nachdruck von der Mun-Sekte distanziert. Nach einer Sitzung des Präsidiums wurde betont, daß die Union mit der „Föderation für Weltfrieden und Vereinigung“ (Mun-Sekte) nichts zu tun habe. Wer die CDU ideell und materiell unterstützen

wolle, solle dies direkt und nicht über angebliche, selbst ernannte Wahlhelfer tun. Generalsekretär Prof. Biedenkopf wurde vom Präsidium der CDU ermächtigt, alle geeigneten rechtlichen Schritte gegen den Mißbrauch der Bezeichnung CDU zu unternehmen. Die Mun-Sekte habe unbefugterweise in Flugblättern für die CDU/CSU Propaganda gemacht. Schon vor einiger Zeit hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Vogel die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage um Auskunft gebeten, was sie gegen die Aktivitäten der Mun-Sekte zu unternehmen gedenke.

Erfolgreiche Arbeit des CJD

300 Körper- und Lernbehinderte werden 1978 in einem neuen Berufsbildungswerk in Homburg-Schwarzenbach (Saarland) leben und ausgebildet. Unter fünf Bewerbern wurde das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands (Göppingen) beauftragt, das zur Zeit 97 pädagogische Einrichtungen im Bundesgebiet unterhält.

Für das Projekt, das mit 40 Millionen Mark veranschlagt ist, stehen 14,5 Hektar zur Verfügung. Jeweils 12 Jugendliche werden in dem Jugenddorf von ausgebildeten Mitarbeitern begleitet. In dem Berufsbildungswerk sollen sie eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten.

Unsere Autoren

Professor D. Dr. Joachim Konrad
Sebastianstraße 74
5300 Bonn

Paul C. Peddinghaus
Postfach 1860
5820 Gevelsberg

Professor Dr. Günter Rohmoser
Clevornstraße 12
4400 Münster

Dr. Horst Sander
Kiefernweg 68
4750 Unna

Probleme der Kindererziehung

Leer. Wie sollen Kinder erzogen werden? Gibt es dafür ein ideales Rezept? Gibt es geheime Miterzieher? Wo liegt die bedeutsamste Erziehungsphase im Kindesalter? Und: Woher sind die Wertmaßstäbe für die Erziehung zu nehmen? Wozu und wohin sollen Kinder erzogen werden?

Fragen über Fragen zu einer Thematik, die der Evangelische Arbeitskreis der Christlich-Demokratischen Union im Kreise Leer in einer Podiumsdiskussion behandelte. Unter der Gesprächsleitung von Dr. Wilhelm Wübbena versuchten vier Referenten je von ihrem Standort aus in einen Aufgabenkreis und in eine Problematik einzuführen, die allenthalben – so Dr. Wübbena – von wachsender Unsicherheit gekennzeichnet ist; Altes gilt nicht mehr und das Heutige ist morgen alt.

Kreisvorsitzender Klaus Jörg Sommer bewillkommnete eine große Teilnehmerschar, wobei er es als eine wesentliche Aufgabe der Parteien unterstrich, sich insbesondere den Belangen der Familie zu widmen.

Edith Overbeck griff als Mutter die geschichtliche Entwicklung von Familie und Gesellschaft auf. Aus dem Hort fester Traditionen, einem Bereich sozialer Bindung und Sicherung ist die Familie zu einer gelockerten Institution geworden. Zu außerhäuslicher Tätigkeit des Vaters kommen emanzipatorische Bestrebungen der Frau, die dort Gefahren bergen, wo sie die Berufstätigkeit der jungen Mütter fördert oder gar fordert. Kinder sind häufig allein gelassen und damit überfordert; Fehlhaltungen sind die Folge. Ratschläge der Referentin: Nicht herrschen, sondern führen! Freiwillige Mitarbeit motivieren! Das Kind annehmen, wie es ist, ihm vor allem zuhören.

Gisela Schmitz – eine Kindergärtnerin – fragte Grundsätzliches: Erziehung warum, wozu? Welche Fähigkeiten sollten Menschen haben? Ihre Antwort: Erziehung zum selbständigen Handeln, zu geistiger

Produktivität, zur Mitmenschlichkeit, zur Verantwortung für andere. Freude am Lernen, Untersuchen, Entdecken ist dem Kind zu vermitteln. Der Freiheitsraum schließt Risiken nicht aus. „Ohne Beulen geht es nicht“. Ratschläge der jungen Kindergärtnerin: „Zeigen Sie Ihrem Kind Ihre Liebe! Geben Sie Trost und Zuspruch, wenn es eigene Unzulänglichkeiten entdeckt!“

Ein Lehrer – Konrektor Katenkamp – hat das Bild der Schule vor Augen: Unsicherheiten, Widersprüchliches. Soll Schule nur noch eine besondere Art von Freizeitbeschäftigung sein? Machen große Schulsysteme die Schüler nicht zur „Nummer“ im Bildungsbetrieb? Zu fordern ist eine Pädagogik der Wahrheit, unentbehrlich ist die Hingabe des Lehrers mit Herz und Gewissen.“ Wir alle sind verantwortlich“, sagte Katenkamp. „Wir erhalten zurück, was wir gegeben haben.“

Wie sieht es ein Arzt? Dr. med. Sudhoff, Kinderarzt, erinnerte an eine ältere Erkenntnis, an die Mahnung der Säuglingsfürsorge von 1909: Das Kind nicht von der Mutter tren-

IN GLAUBE UND FREIHEIT VERPFLICHTET

Die Referate der 20. Bundestagung des EAK liegen nunmehr gesammelt als Broschüre vor. Diese können Sie kostenlos über die Bundesgeschäftsstelle des EAK, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn beziehen. Legen Sie Ihrer Bestellung bitte 1,- DM in Briefmarken für die uns entstehenden Versandkosten bei.

nen. Das gilt noch heute. Die „see-lische Nabelschnur“ muß mindestens drei Jahre bestehen bleiben.

Bei so vielfältiger angeregter Zuhörerschaft war die Aussprache ein wichtiger Teil des Abends. Grundsätzliche Frage: Woher nehmen wir Wertmaßstäbe für die Erziehung? Antworten wurden gesucht und formuliert: vom Glauben, von der

Weltanschauung, vom Menschenbild her. Das Nachdenken blieb, haftete an Immanuel Kant, an seinem kategorischen Imperativ. Aber auch der evangelische Auftrag fand sich im Beitrag eines Vaters; er bezeugte schlicht: „Ich erziehe meine Kinder zu Christen.“

EAK Wesel weiterhin aktiv

Wesel: Auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Wesel konnte Dr. Dieter Beisecker als EAK-Vorsitzender einen großen Zuhörerkreis begrüßen, der sich zu einem Referat von Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, zum Thema „Kriminalitätsbekämpfung und Strafvollzugsreform“ eingefunden hatte. Dabei nannte der Referent als wichtigste Ursachen für kriminelles Verhalten von Jugendlichen fehlendes Unrechts- und Werte-Bewußtsein. In einer ausführlichen Diskussion im Anschluß an den Vortrag wurde wiederholt auf die Bedeutung hingewiesen, die der Aufnahme eines Haftentlassenen in ein intaktes Familienleben zukommt, um seine Wiederaufnahme in die Gesellschaft zu fördern.

Pfarrer-Aktion des EAK

Bonn: Die mehr als 14 000 evangelischen Pfarrer in der Bundesrepublik Deutschland erhalten in diesen Tagen Post von dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien, Dr. Gerhard Schröder, MdB.

Der Arbeitskreis will auf diesem Wege über die Aufgabenstellung und das politische Wollen seiner selbst und auch der Unionsparteien informieren.

Gleichzeitig fordert Gerhard Schröder die Empfänger seines Briefes auf, „sich kritisch mit uns und unserer Arbeit auseinanderzusetzen“. Verschiedene Unterlagen sind als Informationshilfen beigelegt.

EAK-Aktion für Helmut Kohl

Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, hat in vielen Gesprächen immer wieder auf den besonderen Stellenwert hingewiesen, den der Evangelische Arbeitskreis als offenes Forum für die über Tagesprobleme hinausgehenden Fragen in der Union besitzt.

Auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im Dezember 1974 in Mainz erklärte Helmut Kohl wörtlich: „Diese Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der Union hat auch glücklicherweise wieder deutlich gemacht, daß das „C“ in unserem Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands so modern und progressiv ist wie eh und je. Wir sehen dieses Wort nicht als ein bloßes Etikett zur Gewinnung von Wahlen und zur Mobilisierung von Wählern, sondern als Maßstab für unser persönliches und politisches Tun.“

Wer Helmut Kohl kennt, weiß, daß er es mit diesen Worten ernst meint und in einem Brief, den der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien Dr. Gerhard Schröder, MdB, in diesen Tagen

an alle evangelischen Pfarrer in der Bundesrepublik verschickt, heißt es u. a.: „Uns geht es mit diesen Zeilen nicht um Werbung, sondern um das Wecken von Verständnis für unsere politische Grundauffassung, wie sie treffend und gerade in der Person von Helmut Kohl verkörpert wird. So würde ich mich freuen, wenn es mir gelänge, Sie davon zu überzeugen, daß sein Freiheitsverständnis, seine persönliche Integrität, seine immer wieder mir in vielen persönlichen Gesprächen überzeugend begegnete Denkbereitschaft über Grundsatzfragen unseres Lebens und Seins, ihn zu einem Politiker geformt haben, der das Amt, für das ihn die Unionsparteien nominierten, voll und ganz ausfüllen wird.“

Wir wissen, daß viele Leser der Evangelischen Verantwortung, viele Mitglieder regionaler Evangelischer Arbeitskreise – auch dann, wenn sie nicht Mitglied der CDU sind –, sich überall und immer für den Menschen und Politiker Helmut Kohl engagieren; dies erkennen wir dankbar an.

Nach übereinstimmenden Auskünften der Meinungsforschungsinstitute wird es im Hinblick auf die Entscheidung am 3. Oktober

mehr denn je darauf ankommen, sogenannte Wechselwähler für die Union zu gewinnen. Eine hervorragende Möglichkeit hierfür bietet sich, überall und sichtbar auf Helmut Kohl als den zukünftigen Bundeskanzler hinzuweisen. Er muß als KANZLER FÜR DEUTSCHLAND im Bewußtsein aller sein. Daher bieten wir unseren Lesern, unseren Freunden und Sympathisanten, aber auch unseren kritischen Mitbürgern, die sich am 3. Oktober für die CDU entscheiden wollen, den Auto-Aufkleber „Kanzler für Deutschland – Helmut Kohl“ mit den Farben schwarz-rot-gold zum kostenlosen Bezug an. Versuchen Sie, in persönlichen Gesprächen auch Ihre Nachbarn und Freunde davon zu überzeugen, daß sie mit diesem Auto-Aufkleber sichtbar ihre Sympathie für Helmut Kohl zum Ausdruck bringen.

Fordern Sie daher mit einer Postkarte noch heute Ihren Auto-Aufkleber und den für Ihre Freunde unter Angabe der genauen Stückzahl an bei: Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn. Telefonisch erreichen Sie uns oder unseren Anrufbeantworter Tag und Nacht unter der Rufnummer Bonn 0 22 21/54 43 06.

In einem von vielen nahezu gleichlautenden Briefen, die uns laufend erreichen, heißt es: „Können Sie Ihre Evangelische Verantwortung nicht auch einem in der Kirchengemeinde unseres Ortes engagierten Mitbürger zusenden, der allerdings der CDU kritisch gegenübersteht?“

Dazu unsere Antwort: Wir haben sofort nach Eingang des Schreibens die letzte Ausgabe der EV zusammen mit einer Bestellkarte zum kostenlosen Bezug abgeschickt und zwischenzeitlich konnten wir den Interessenten bereits in unsere EV-Kartei aufnehmen, so daß nunmehr auch er regelmäßig unsere Publikation erhält.

Wenn Sie uns Namen und Anschriften von solchen Mitbürgern zusenden, die der CDU und ihrem Gedankengut positiv oder aber auch kritisch gegenüberstehen und gleichzeitig für kirchliche Probleme aufgeschlossen sind, senden wir diesen gerne ebenfalls ein Probe-Exemplar der Evangelischen Verantwortung mit Bestellkarte zu.

Unsere Anschrift:

Redaktion Evangelische Verantwortung, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn.

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.